

#### **4. Umweltbericht: Reduktion der Ammoniakemissionen**

Antrag des Regierungsrates vom 3. Februar 2021 zum Postulat KR-Nr. 7/2019 und geänderter Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 26. Oktober 2021

Vorlage 5685a

*Ratspräsident Benno Scherrer:* Die Kommissionmehrheit stellt einen Abschreibungsantrag ohne abweichende Stellungnahme.

***Minderheitsantrag Thomas Wirth, Markus Bärtschiger, Franziska Barmettler, Felix Hoesch, Rosmarie Joss, Florian Meier, Thomas Schweizer (in Vertretung von Thomas Honegger):***

*II. Es wird eine vom Bericht des Regierungsrates abweichende Stellungnahme abgegeben.*

*III. Mitteilung an den Regierungsrat.*

*Alex Gantner (FDP, Maur), Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU):* Wie gerade gesagt, beantragt Ihnen die KEVU-Mehrheit, das Postulat «Umweltbericht: Reduktion der Ammoniak-Emissionen» als erledigt abzuschreiben. Eine grosse Minderheit aus GLP, SP und Grünen beantragt eine abweichende Stellungnahme gemäss Vorlage 5685a.

Das Postulat wurde an insgesamt sechs Sitzungen zwischen dem 4. Mai und dem 26. Oktober 2021 beraten. Die Erstpostulantin, Kollegin Edith Häusler, hat ihre mündliche Stellungnahme anlässlich der Vorlagenpräsentation durch die Baudirektion in der KEVU abgegeben.

Hintergrund des Postulates von Anfang 2019 ist die grosse Sorge, dass überhöhte Ammoniak-Emissionen gesundheitsschädigend und für die Artenvielfalt sowie die Stabilität empfindlicher Ökosysteme sehr problematisch und somit hauptverantwortlich für den Rückgang der Biodiversität seien. Obwohl erste Programme von Bund und Kanton zur Reduktion von Ammoniak-Emissionen abgeschlossen wurden – Stichwort dazu: Umstellung beim Düngen vom Güllewagen auf Schleppschräucher –, sei dies viel zu wenig und viel zu spät; daher die Forderung nach einem neuen Set von kantonalen Massnahmen, um die Umweltziele des Bundesrates, schweizweit die Ammoniak-Emissionen aus der Landwirtschaft auf 25'000 Tonnen Stickstoff jährlich zu senken, zu unterstützen.

Der Regierungsrat legt in seinem ausführlichen Bericht den gegenwärtigen Vollzug im Kanton Zürich dar, dies in den Bereichen Güllelagerung, Stallbauten, der Umsetzung des Massnahmenplans Luftreinhaltung mit vier spezifischen Massnahmen. Im Weiteren wird auf die Agrarpolitik des Bundes, speziell auf die Weiterentwicklung der Agrarpolitik ab 2022, Stichwort «AP22+», hingewiesen. Die darin formulierten weiteren Reduktionsziele für 2025 beziehungsweise 2030 sollen mit 15 Massnahmen erreicht werden. Dies führt aber nur zu einer Annäherung

der oben formulierten Umweltziele für Ammoniak-Emissionen aus der Landwirtschaft, es bleibt also eine Ziellücke. Im Weiteren ist ab Januar 2022 eine Verschärfung der Luftreinhalteverordnung bei Ausbringungsverfahren und der Abdeckung der Güllelager in Kraft, wie üblich mit mehrjährigen Übergangsfristen. Ein Handlungsbedarf bleibt bestehen, konstatiert der Regierungsrat. Wichtig für den Kanton Zürich sind aber die Rahmenbedingungen und Vorgaben der nationalen Agrarpolitik. Ebenfalls bedarf das Thema einer gesellschaftlichen Diskussion, geht es doch um ein Abwägen von verschiedenen Bedürfnissen und Zielkonflikten: Tierwohl, Biodiversität, Ernährungssicherheit, Kostenstrukturen, Subventionen und einige mehr. Der Kanton Zürich ist über die Baudirektion bestrebt, bis 2023, also nächstes Jahr, einen Massnahmenplan Ammoniak zu präsentieren. Die Verantwortlichen im ALN (*Amt für Landschaft und Natur*) arbeiten auf Hochtouren daran. Der Regierungsrat lässt uns in der Postulatsantwort bereits wissen, dass ein – Zitat – «ambitioniertes Verminderungsziel» – Zitatende – angestrebt wird. Die konkreten Massnahmen seien in Erarbeitung. Die Stossrichtungen können aber bereits heute wie folgt umschrieben werden: Umgang beim flüssigen und festen Hofdünger, bauliche und betriebliche Massnahmen bei Tierhaltungsanlagen, Investitionshilfen und soziale Begleitmassnahmen sowie Beratung und Ausbildung. Die KEVU-Mehrheit folgt den Ausführungen des Regierungsrates und der Baudirektion und wartet bis nächstes Jahr auf die Details im kantonalen Massnahmenplan.

Die abweichende Stellungnahme der grossen KEVU-Minderheit hält fest, dass die Stickstoffemissionen die Umwelt im Kanton Zürich massiv belasten, und zählt im Detail die problematischsten Auswirkungen für Moore, Trockenwiesen, Wälder und das Grundwasser auf. Ebenfalls wird festgehalten, dass die Verursacher der Ammoniak-Emissionen zum grössten Teil aus der Landwirtschaft stammen. Emissionen aus den an anderen Bereichen, beispielsweise, von Öl-/Gasheizungen und Industrie, seien aufgrund der beschlossenen Massnahmen rückläufig. Die Massnahmen des vorhin umschriebenen Ammoniakprogramms im Bereich der Landwirtschaft hätten aber lediglich einen weiteren Anstieg der Emissionen verhindert und somit das Reduktionsziel bei Weitem verfehlt. Hauptursache seien die grossen Tierbestände, die auf nicht regionales Kraftfutter angewiesen sind. Somit werde die ökologische Tragbarkeit untergraben. Im Hinblick auf den vom Regierungsrat für 2023 in Aussicht gestellten Massnahmenplan Ammoniak wird als wichtige Denk- und Handlungsanstösse eine Reihe von Massnahmen gefordert, Stichworte dazu sind emissionsmindernde Stallsysteme, Ressourceneffizienzprogramme, die Stärkung der Wertschöpfungskette von pflanzlichen Proteinen, die Bezeichnung von regionalen Sanierungsgebieten, in denen die Landwirte innert gewisser Fristen verschiedene Massnahmen umzusetzen haben beziehungsweise neue Vorgaben und Verbote gelten sollten. Auch soll eine Verringerung des Viehbestandes angestrebt werden, denn das Fleisch- und Milchkonsumverhalten der Bevölkerung sollte sich aufgrund der problematischen Produktion ebenfalls in diese Richtung bewegen.

Namens der KEVU-Mehrheit beantrage ich Ihnen, das Postulat abzuschreiben und den Minderheitsantrag auf eine abweichende Stellungnahme abzulehnen. Besten Dank.

*Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon):* Zur Postulatsantwort kann man einfach sagen: Ja, die Richtung stimmt, aber ist absolut ungenügend, hier braucht es Nachschärfungen. Weshalb?

Es gibt das Konzept der planetaren Grenzen, und wenn man das dort anschaut, kann man einfach feststellen: Der Stickstoffkreislauf ist das Problem, das am weitesten die planetaren Grenzen überschreitet. Und das ist nicht nur ein globales Problem, sondern auch ein lokales Problem in der Schweiz. 100 Prozent der Hochmoore, 95 Prozent der Wälder, 84 Prozent der Flachmoore und fast die Hälfte der Trockenwiesen leiden darunter, dass die Stickstoffeinträge zu hoch sind. Und was in der Schweiz stimmt, stimmt auch im Kanton Zürich: Praktisch der ganze Kanton Zürich leidet darunter, dass die Stickstoffeinträge zu hoch sind. Das ist auch genau eines der Gegenargumente, das gegen diese abweichende Stellungnahme eingebracht wird, es sei der ganze Kanton betroffen. Das ist meiner Meinung nach ein sehr problematisches Gegenargument: «Wir müssen nichts machen, weil die Grenzwerte im ganzen Kanton überschritten sein», das kann es wohl nicht sein.

Was bewirken diese erhöhten Stickstoffeinträge? Als Forstingenieur ziehe ich jetzt nur mal den Wald heran, vielleicht gibt es anschliessend noch weitere Beispiele von anderen Ökosystemen. Wegen den Stickstoffeinträgen wird das Kalium aus den Böden ausgewaschen, und Kalium ist extrem wichtig für die Bäume, um die Spaltöffnungen zu steuern. Hat es zu wenig Kalium, kann der Wald, kann ein Baum bei Trockenheit die Spaltöffnungen nicht schliessen und kann sich dem Umstand nicht anpassen, dass weniger Wasser vorhanden ist. Die Wälder werden trockenheitsempfindlicher. Wenn man jetzt schaut, was im Kanton Zürich abgeht, beispielsweise nach den trockenen Jahren 2018 und 2019, dann kann man sich vorstellen, was das für ein Problem ist. Weiter werden Feinwurzeln beschädigt, Bäume werden empfindlicher auf Krankheiten und Schädlinge. Auch das ist eine direkte Auswirkung dieser erhöhten Stickstoffeinträge. Das Problem ist so gross, dass alle Fraktionen sich mittlerweile Überlegungen gemacht, Anfragen gestellt haben, wie man dem Wald helfen kann, damit er besser überlebt mit dem Stress, den der Klimawandel bei ihm verursacht. Wir müssen den Stickstoffeintrag lösen und nicht einfach mehr Gelder ausgeben.

Wenn wir jetzt schauen, woher der Stickstoffeintrag kommt, Alex Gantner hat es vorhin bereits gesagt, dann haben wir hauptsächlich zwei Quellen für Stickoxide und Ammoniak und weitere Stickstoffverbindungen: Das sind einerseits Verbrennungen und andererseits die Landwirtschaft. Bei den Verbrennungen sind es die Verbrennungsmotoren in den Fahrzeugen, es sind Öl- und Gasheizungen, es ist die Industrie, es sind Kehrlichtverbrennungsanlagen et cetera. Für diese Anlagen haben wir Grenzwerte. Diese Grenzwerte wurden fortlaufend verschärft, wir können das feststellen: Wenn wir die Stickoxidemissionen anschauen, stellen wir fest, dass sie zurückgehen.

In der Landwirtschaft ist es hauptsächlich die Tierhaltung, die dazu beiträgt. Sie ist beim Ammoniak für 95 Prozent der Emissionen verantwortlich. In diesem Bereich gibt es keine Grenzwerte, sie wurden als unnötig erachtet. Aber in diesem Bereich gibt es Ziele, und diese Ziele werden meilenweit verfehlt. Es gibt nicht einmal einen Trend, der in die richtige Richtung zeigt. Hier setzt jetzt genau diese abweichende Stellungnahme an, beim Sanierungsgebiet. Das Sanierungsgebiet ist ein Instrument des Umweltschutzgesetzes, dass, wenn in einer Region – und das ist halt in diesem Fall fast der ganze Kanton – die Emissionen so hoch sind, dass sie Probleme verursachen, auch bei kleineren Anlagen, die nicht über Grenzwerte verfügen, Massnahmen verfügt werden können, damit die Emissionen gemindert werden. Wenn wir das nicht machen, gibt es keine andere Handhabe als einfach zu warten und zu hoffen. Eine technische Massnahme ist beispielsweise die Grösse der Güllenlager. Die Vorschrift sagt: drei Monate müssten Platz haben. Jetzt haben wir in der Schweiz die kompliziertesten Regeln, die man sich überhaupt überlegen kann, wann man die Gülle ausbringen darf. Es kommt nämlich auf die Temperatur an: Wenn es einige Tage über 5 Grad ist, ist es zulässig, Gülle auszubringen. Und mit dem Gülle-Ausbringen stoppen muss man, wenn während einigen Tagen die Temperaturen zu tief sind. Es weiss eigentlich kein Bauer, ab wann er nicht mehr Gülle ausbringen darf und ab wann er wieder Gülle ausbringen darf. Wenn man aber die Klimadaten von Zürich-Fluntern anschaut, kann man feststellen: Dieser Zeitraum ist länger als drei Monate. Das heisst, der Bauer darf länger keine Gülle ausbringen, als er überhaupt Platz hat im Güllenlager. Und wenn man am Bahnhof Bubikon steht, kann man die Folge davon gerade sehen: Auf der Wiese nebenan hat ein Bauer Gülle ausgetragen. Wer es ist, weiss ich nicht, und den Grund weiss ich auch nicht. Aber es ist unschwer zu erraten, dass das Problem war: Er hatte keinen Platz mehr in seinem Güllenloch und musste irgendwohin mit der Gülle. Also hat er sie einfach auf der Wiese ausgebracht, obwohl es verboten ist und einfach nur die Umwelt schädigt. Denn die Pflanzen, die ja jetzt nicht wachsen, sind auch auf keine Nährstoffe angewiesen.

Eine zweite Massnahme, die gefordert wird, ist, dass die Güllenlager endlich vollständig abgedeckt werden. Hier ist der Kanton Zürich aktiv, aber es geht langsam, zu langsam. Das Weitere haben wir bereits gehört: Mit der Luftreinhalteverordnung soll jetzt Schleppschlauchausbringung vorgeschrieben werden. Hier muss man einfach auch wieder sehen: Es hat sehr, sehr lange gedauert, bis überhaupt etwas vorangeht. Dann gab es Vorstösse aus den Reihen des Bauernverbandes, der sagte: Dieses Schleppschlauch-Obligatorium muss wieder rausgekippt werden. Als er im Parlament gescheitert ist, hat er darauf reagiert: «Wir haben x Jahre nichts gemacht, jetzt können wir die Maschinen nicht so schnell kaufen, lasst uns bitte mehr Zeit dafür.» Das sind genau solche Massnahmen und Elemente, wo es verzögert wird, wo wirksame Massnahmen hintertrieben werden. Die «AP22+», die auch ein bisschen etwas gebracht hätte, wurde sistiert. Es ist aber nicht so, dass die Bauern das generell nicht wollen. Es gibt innovative, lösungsorientierte Bauern, die Massnahmen ergreifen, die Lösungen suchen, die sich dieser Umweltprobleme bewusst sind. Aber der Bauernverband hintertreibt auch das. Er ver-

sucht, sich mehr oder weniger einfach am schlechtestmöglichen Zustand festzuhalten und nichts zu ändern. Hier braucht es deshalb Druck aus dem Kanton Zürich und Massnahmen. Dann werden auch die innovativen und lösungsorientierten Bauern einfachere Rahmenbedingungen vorfinden.

Wenn jetzt diese technischen Massnahmen, die vorgesehen sind, nicht reichen, dann soll gemäss der abweichenden Stellungnahme die Anzahl der Tiere reduziert werden, die ja dafür verantwortlich sind, dass zu viel Stickstoff in die Umwelt entweicht. Man kann sich das sowieso fragen, wenn in der Verfassung steht, wir haben eine standortangepasste Landwirtschaft. Es ist aus meiner Sicht völlig klar: Wenn wir Futtermittel aus dem Ausland importieren, mit den Auswirkungen unser Ökosystem vor Ort schädigen und am Ende dann die Gülle exportieren, ist das sicher keine standortangepasste Landwirtschaft. Dass hier also die Tierzahlen runter müssen, ist also auch von daher logisch. Es ist nicht so, dass es in der Landwirtschaft zukünftig im Kanton Zürich keine Tiere mehr haben soll. Tierhaltung ist Bestandteil der Landwirtschaft. Und Wiederkäuer sind die einzige Möglichkeit, wie wir Grasland für die menschliche Ernährung nutzen können. Es ist also nicht sinnvoll, keine Tiere zu haben, aber es ist wichtig und richtig, dass wir die Tiere dort haben, wo andere Produktionssysteme nicht möglich sind. Dort, wo Ackerbau möglich ist, soll direkt für die menschliche Ernährung produziert werden.

Wir werden jetzt hören, Gülle sei ein wertvoller Dünger und wir brauchten sie für unser Düngermanagement. Und wenn wir weniger Gülle hätten, dann müssten wir mehr Kunstdünger importieren. Auch diese Aussage ist ziemlich falsch. Wie ich bereits vorher kurz erwähnt habe, wird mittlerweile die Gülle exportiert. Eine Änderung der «AP2014/17» war, dass dieser Bereich, der ortsübliche Bereich für die Verwendung der Gülle aufgehoben wurde und jetzt mit HODUFLU-Datenbanken (*Internetprogramm zur einheitlichen Verwaltung von Hof- und Recyclingdüngerverschiebungen in der Landwirtschaft*) Verträge abgeschlossen werden können, um die Gülle weiter weg zu transportieren. Das wird fleissig genutzt. 2014 gab es einige hundert Kilogramm Hofdünger, die exportiert wurden. Das dürften hauptsächlich Flächen sein, die von Schweizer Bauern im Ausland bewirtschaftet werden und dort halt mit Hofdünger gedüngt werden. Mittlerweile sind wir auf 25'000 Gülle, die jedes Jahr exportiert wird ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

*Sandra Bossert (SVP, Wädenswil):* Reden wir über doch einmal positiv über die Ausscheidungen der Nutztiere, ein kleiner Werdegang durch die Entwicklung: Durch die Erkenntnisse, dass Mist und Gülle sich positiv auf das Wachstum der verschiedenen Pflanzen und Kulturen auswirkt, wurden diese wertvoll. Um mehr davon zu erhalten, hatte man die Tiere angebunden und in geschlossenen Ställen gehalten, im Winter am liebsten noch das Schlüsselloch zugeklebt. Dadurch konnte man die wertvollen Nährstoffe zwischengelagern und gezielt ausbringen. Die Gülle war gesucht. Die steigende Bevölkerungszahl brachte Hunger, und nicht mehr alle arbeiteten in der Landwirtschaft. Bis weit in die 1960er- und 1970er-Jahre sind alle Abfälle aus Industrie und der Gesellschaft ungefiltert – Kläranla-

gen waren, wenn überhaupt, erst in Planung – in die öffentlichen Gewässer geflossen, bis das System gekippt ist. Die Gewässer, der Wald und der Boden hatten gelitten.

Angekommen im Jahr 2022: Die Flüsse und Seen laden zum Baden ein und die Wälder breiten sich unaufhörlich aus. Mit 15 Prozent Biodiversitätsflächen scheidet der Kanton Zürich zudem doppelt so viel Hektaren Blumenwiesen aus wie gefordert. In den letzten 20, 30 Jahren haben die Nutztierhalter auf Wunsch der Bevölkerung und aufgrund der neusten Erkenntnisse für das Verbessern des Tierwohls Laufställe gebaut. Mehrere Nachhaltigkeitslabels fordern explizit den Freilauf. Die Kühe stehen während dem Winterhalbjahr auf dem vom Gesetz vorgeschriebenen unbedeckten Laufhof. Die Schweine können sich unter dem Label BTS, besonders tierfreundliches Stallungssystem, unter dem freiem Himmel bewegen. Dasselbe gilt bei den Hühnern – ausser jetzt bei Vogelgrippe. Auch die immer als vorbildlich beschriebenen Bio-Betriebe, die kantonsweit mehr Tiere auf gleicher Fläche halten als bei den konventionellen Haltungen, setzen auf artgerechte Haltung und lassen die Tiere in Laufställen ungeniert auf den befestigten und unüberdachten Laufhof urinieren. Wir selbst haben einen nach Süden ausgerichteten Offenfrontstall, sprich: Eine Seite ist immer offen. Und ich kann Ihnen sagen, die Kühe fühlen sich sauwohl. Dieser Zusammenhang von fortschrittlicher Tierhaltung, vermehrtem Bau von Laufställen versus Ammoniak-Ausstoss wurde in Studien klar nachgewiesen. Um all dem entgegenzuwirken, sind seit Jahren verschiedene Massnahmen verbindlich. Mit der «Suisse Bilanz» wird für jeden Betrieb der Bedarf an Stickstoff ausgerechnet. Bei zu viel anfallenden Nährstoffen müssen die Bauern diese verschieben und über das sogenannte Meldesystem HODUFLU melden. Es werden im Schnitt 95 Prozent der Gülle innerbetrieblich ausgebracht, das Restliche wird in Biogasanlagen vergärt und nur wenig exportiert. HODUFLU ist mit dem Tierhaltungsprogramm gekoppelt. Der Kanton Zürich ist im Gegensatz zur Innerschweiz eher vieharm. Allgemein hat die Anzahl Rinder in den letzten 40 Jahren um mehr als 25 Prozent abgenommen. Die Nachfrage nach einheimischem Geflügelfleisch ist zeitgleich um mehr als 70 Prozent gestiegen. Das ist aber soweit unproblematisch, werden in diesen Ställen doch sogenannte Luftreinhaltungsanlagen eingebaut. Dasselbe gilt bei der Schweinehaltung.

Die wegen Lieferengpässen verschobene Pflicht, obligatorisch ab heuer nur noch mit Schleppllauch die Gülle auszubringen, trifft den Kanton Zürich nur bedingt. Während dem mehrjährigen Ressourcenprojekt hatten schlussendlich 60 Prozent der aktiven Landwirte die Gülle so ausgebracht. Bauliche Massnahmen, wie erhöhte Fressstände und Entmistungsroboter, werden, wenn möglich, umgesetzt. Zudem gilt die Pflicht, Güllegruben abzudecken, was auch in 95 Prozent der Fälle bereits geschehen ist. Landwirtschaftsbetriebe, welche neu im Umfeld von Naturschutzgebieten bauen wollen, müssen bereits heute mit einer Ablehnung der Baubewilligung rechnen. Auch laufen Forschungen zu methanhemmenden Futtermitteln.

Im Messbericht Schweiz von 2000 bis 2017, verfasst durch die Forschungsstelle Umweltbeobachtung, steht zu den Messungen im Kanton Zürich als Fazit: «Die

jetzt vorliegenden Messungen zeigen, dass die Ammoniakkonzentrationen seit dem Jahr 2000 weder zu- noch abgenommen haben.»

Wir haben das Postulat in mehreren KEVU-Sitzungen intensiv und unter Einbezug von Marco Pezzatti, Chef ALN, behandelt. Die Klimaarroganz, diesmal angeführt von der GLP, fordert im Grundsatz einen Abbau der Tierzahl innerhalb des Kantons Zürich. Was soll das bringen? Die Bevölkerung wächst weiter und es wird auch nicht weniger gegessen. Der Selbstversorgungsgrad liegt bei knappen 50 Prozent, einmal mehr soll importiert werden, nach dem Motto «aus dem Augen aus dem Sinn». Wie viele Emissionen im Ausland unkontrolliert in die Luft gelangen und wie die Tiere bei Importprodukten gehalten werden, wird grosszügig ausgeblendet. Der reiche Kanton Zürich betreibt Ablasshandel mit dem Ausland; so viel zur liberalen GLP. Edith Häusler mit der Vision Landwirtschaft wird tatkräftig von den Medien bei ihrem Bauern-Bashing unterstützt. Der Artikel (*im Tages-Anzeiger*) vom 20. Januar 2022 ist reiner Populismus und wirft der Landwirtschaft einmal mehr vor, die Natur nicht zu achten. Gegen diesen pauschalen Angriff auf meinen Berufsstand wehre ich mich vehement. Die Zürcher Landwirte gehen verantwortungsvoll mit der Natur um. Sie sind bereit mitzuhelfen, die Emission weiter zu verringern, und vertrauen auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse vom Strickhof (*Kompetenzzentrum für Bildung und Dienstleistungen in Landwirtschafts- und Ernährungswissenschaften*). Der Austausch muss aber zwingend partnerschaftlich und auf Augenhöhe erfolgen. Mit den arroganten Forderungen von der GLP kommen wir nicht weiter. Übrigens: Bester Umweltschutz ist immer noch, regional zu produzieren und einzukaufen.

Wir lehnen die abweichende Stellungnahme ganzheitlich ab und sind für die Abschreibung des Postulates. Danke.

*Felix Hoesch (SP, Zürich):* Zu viel Ammoniak und damit Stickstoff in der Luft sowie in unseren Böden und Gewässern ist auch für uns von der SP ein Problem. Wir haben leider zu wenig Vertrauen in die meisten unserer Bäuerinnen und Bauern, und Sandra Bossert hat gerade bewiesen, dass sie zwar glaubt, wirklich alles gut zu machen, aber wirklichen Fortschritt sehen wir aus diesem Stand leider gar nicht, das Verzögern des «AP22» ist ein weiterer Beweis. Auch wenn auf Bundesebene einiges läuft, es ist doch zu wenig wirklich am Laufen. Und die Massnahmen, die geplant sind, reichen wahrscheinlich leider nicht. Und doppelt freut uns, dass auch die Baudirektion einen Massnahmenplan Ammoniak erarbeitet. Aber das Versprechen, diesen Massnahmenplan zu erarbeiten, reicht uns nicht. Thomas Wirth hat ausführlich beschrieben, was alles noch nötig ist. Auf die Details gehe ich nicht ein, aber wir unterstützen die GLP darin, bereits heute konkrete Ziele bei diesen Massnahmen zu setzen. Nur mit wirksamen Massnahmen, welche der Kanton flächendeckend und die Bäuerinnen und Bauern dann in den Intensivierungsgebieten flächendeckend umsetzen, nur so kommen wir dem Ziel einer echten Ammoniak-Reduktion näher. Und somit können wir unsere Luft, Böden und Gewässer besser vor Ammoniak und zu viel Stickstoff schützen. Wenn dann die Baudirektion noch weitere zielführende Massnahmen in ihrem Plan zum Am-

moniak findet, freut uns das sicherlich. So unterstützen wir den geforderten Ergänzungsbereich und können das Postulat heute noch nicht abschreiben. Besten Dank.

*Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen):* Die Antwort der Regierung auf das Postulat von Edith Häusler spricht eine ganz klare Sprache: Ammoniak, welcher zum grössten Teil aus der Tierhaltung entsteht, ist für Mensch, für die Biodiversität in unserem Lande ein grosses Problem; das bestreitet hier drin wohl keiner. Die Emissionen, die zur Überdüngung und Eutrophierung der Böden führen, sind nämlich als nationale und kantonale Herausforderung anerkannt. Für die meisten Nicht-Landwirte oder -Landwirtinnen – und da zähle ich mich dazu – haben der Bericht des Regierungsrates und auch die Diskussionen in der KEVU viel Gutes gebracht, nämlich einen Lerneffekt. Ich habe gelernt, dass es erfreulicherweise technische Möglichkeiten gibt, beispielsweise mit den Schleppschläuchen, um das Problem zumindest teilweise anzugehen. Die Schleppschläuche können zu einer deutlichen Reduktion der Ammoniak-Emissionen führen, das sind auch die Erfahrungen aus dem nationalen Ressourcenprojekt Ammoniak. Erwähnenswert ist für mich auch, dass das emissionsarme Ausbringen und die Abdeckung von Gülleanlagen und künftig auch die Ertüchtigung von Stallbauten mit Abluftreinigungsanlagen teilweise aus dem landwirtschaftlichen Verordnungspaket 2020 finanziell unterstützt werden können. Und vom Bund werden Landwirte, die Schleppschläuche verwenden, über die Direktzahlungsverordnung finanziell abgegolten. Die Überdüngung der Böden und damit einhergehend der Verlust der Biodiversität sind also als nationale Aufgabe erkannt worden. Nun kann eingewendet werden, dass es viel zu wenig schnell geht.

Bei allem, was schon gemacht wird, bestehen weiterhin massive Ziellücken. Die Emissionsverminderung ist sicherlich noch nicht auf Kurs. Dem sollen nun verschärfte Massnahmen entgegenwirken. Konkret ist auf nationaler Ebene beispielsweise das Schleppschlauch-Obligatorium beschlossen worden, das aber, um den Bauern mehr Zeit für die Umstellung zu geben, auf 2024 verschoben worden ist. Ein Problem waren offenbar die Lieferfristen für die Schleppschläuche. Der Bauernverband hat nun verlauten lassen, dass er die Frist nutzen wolle, um Synergien zu schaffen und ein System der Zusammenarbeitsformen und gemeinsamen Nutzungen anzugehen. Das macht in den Augen der FDP auch Sinn. Aber mit dem Scheitern der Agrarpolitik «AP2022+» fragt man sich schon, wie ernst es denn ist mit dem Tempo. Immerhin sind die Kantone durch das Umweltschutzgesetz und die neue Luftinhalteverordnung gefordert, Massnahmenpläne auszuarbeiten, was der Kanton Zürich zur Befriedigung der FDP auch auf sich genommen hat. Die Aufgabe ist aber keine leichte. Unbestritten bestehen wohl grosse Zielkonflikte: Es geht um das Tierwohl, es geht um die finanzielle Belastung für die Landwirte. Es geht um Fragen der Versorgungssicherheit, des Fleischverzichts und um den Umweltschutz. Letztlich kann nur ein gesellschaftlicher Dialog, der endlich einmal die Frage der Schuld ausklammert, die vermeintlich unterschiedlichen Interessen vereinen. Und ich sage bewusst «vermeintlich», denn

ich bin überzeugt, dass der Wunsch nach dem Erhalt unserer natürlichen Ressourcen für uns alle wichtig ist. Mit der Baudirektion sind wir einig, dass das Thema wichtig ist, und wir freuen uns, dass der Handlungsbedarf erkannt ist. Das ALN hat das Thema zu einem Handlungsschwerpunkt gemacht und der Massnahmenplan ist für 2023 angekündigt. Wir erwarten, dass das Spannungsfeld bezüglich der Verminderung der Ammoniak-Emissionen zusammen mit der Landwirtschaft angepackt wird. Und wir verwenden uns hier auch dafür, dass die Lösung dieses Problems nicht allein auf dem Buckel der Landwirte ausgetragen wird. Gleichzeitig stellen wir aber auch die Frage nach einem Überdenken der Subventionspolitik. Ist es denn im Sinne von Effizienz und schlanken Massnahmen, biodiversitätsschädigende Subventionen auszurichten, die nachher wiederum zu grossen Reparaturen, ebenfalls von der öffentlichen Hand finanziert, an der Umwelt führen? In einem positiveren Zusammenhang mit der Gülle darf auch wieder einmal auf das Biogas hingewiesen werden, nicht in Bezug auf das Energiegesetz, sondern in Bezug auf die Verminderung von Ammoniak-Emissionen, welche sich durch die Vergärung erzielen lässt. Aus Umweltsicht in mehrfacher Hinsicht wäre es deshalb sehr förderlich, möglichst viel der anfallenden Gülle und des Hofmists in einer Biogasanlage zu verwerten. Und es erstaunt uns sehr, dass die Baudirektion das Postulat von Martin Hübscher und Mitunterzeichnenden zur Förderung von Biogasanlagen ohne Kosubstrat (*KR-Nr. 264/2019*) nicht annehmen will. Die FDP schreibt das Postulat ohne die anderslautende Stellungnahme ab. Die abweichende Stellungnahme könnte zwar wie eine alte Bestellung an die Baudirektion gelesen werden, was letztlich im Massnahmenplan des Kantons stehen sollte. Wir sind aber der Meinung, dass es diese Bestellung im Moment nicht braucht, da wir vom Willen zur Veränderung bei der Direktion durchaus heute schon überzeugt sind. Wir haben mehrfach gehört, dass zusammen mit den Landwirten gangbare Wege zur Lösung angestrebt werden sollen, und das reicht uns im Moment. Wir schreiben das Postulat ab.

*Edith Häusler (Grüne, Kilchberg):* Mit diesem Bericht, den ich hier fordere, war kein Bauern-Bashing angesagt; das war Ihre Interpretation, Sandra Bossert, dazu kann man meinen, was man will. Zuerst aber einmal danke ich der vorberatenden Kommission für die Beratung und die Anhörung meiner Standpunkte zum Umweltbericht über die Reduktion der Ammoniak-Emissionen. Die KEVU beantragt Abschreibung des Postulates, weil seitens der Regierung bis 2023 bereits ein Bericht erwartet wird. Eine Kommissionsminderheit hingegen verlangt, dass der Regierungsrat mit dem Bericht 2023 einen neuen Massnahmeplan Ammoniak verabschieden soll, welcher verschiedene wirksame Massnahmen zur Reduktion der Ammoniak- und Stickstoff-Einträge aus der Landwirtschaft enthält. So weit, so gut. Ich zitiere zuerst einmal aus dem Bericht der Eidgenössischen Kommission für Lufthygiene 2020, da heisst es: «Die Belastung durch stickstoffhaltige Luftschadstoffe in der Schweiz ist nach wie vor zu hoch und beeinträchtigt naturnahe Grosssysteme. Zwar hat der Stickoxid-Ausstoss aus Abgasen und Verbrennungsprozessen seit dem Jahr 2000 um rund ein Drittel abgenommen. Die Ammoniak-

Emissionen aus der Landwirtschaft stagnieren jedoch auf zu hohem Niveau. Weitere Massnahmen zur Verminderung der landwirtschaftlichen Ammoniak-Emissionen sind nötig und möglich. Mit der «AP22+» sind diese konsequent umzusetzen. Dabei bestehen auch Synergien zur Reduktion von klimarelevanten Treibhausgasen.» Mit der «AP22+» wollte auch der Bundesrat die agrarpolitischen Rahmenbedingungen verbessern: Die Schweizer Landwirtschaft soll die Wertschöpfung am Markt steigern, die betriebliche Effizienz erhöhen und vor allem die Umweltbelastung sowie den Verbrauch von nicht erneuerbaren Ressourcen weiter reduzieren. Der Bundesrat wollte, aber mit der tatkräftigen Unterstützung der Agrarlobbyisten und den Bauernverbänden wurde die «AP22+» gnadenlos versenkt. Zurzeit steht ein mageres Reduktionsziel von gerade mal 10 Prozent bis 2025 im Bericht. Bei diesem Tempo dauert es noch mehr als ein halbes Jahrhundert, bis wir die Umweltziele in der Landwirtschaft erreichen werden. Diese liegen bei 25'000 Tonnen Ammoniak-Emissionen pro Jahr, momentan sind wir bei rund 42'000 Tonnen, kein Fortschritt also, sondern eher Rückschritt.

Der Kanton Zürich muss aber nicht in allen landwirtschaftlichen Belangen auf den Bund warten. Wir könnten bezüglich der Umsetzung der Umweltziele in der Landwirtschaft schon längst selber einen Gang höher schalten. Die wichtigste Option betrifft die Weidehaltung. Die Schweiz ist ein Weideland. Würde man gänzlich auf die Zufütterung von importierten Futterzusätzen wie Soja verzichten und nur noch die Weidefütterung berücksichtigen, wäre das zwar die beste Alternative für das Klima und die Umwelt, aber es gäbe dann auch nur noch die Hälfte an Milch- und Fleischprodukten zu kaufen. Das wollen nur die wenigsten überhaupt hören. Andere Methoden sollten längst umgesetzt sein. So haben Bund und Kanton Zürich für 26 Millionen Franken ein Schleppschlauch-Förderprogramm mitfinanziert. Das Programm ist längst abgeschlossen und müsste nun Standard sein. Leider verwenden immer noch zu wenig Betriebe diese Technik, weil es zurzeit offenbar zu wenig Geräte gibt; man stelle sich das einmal vor. Eine weitere Forderung betrifft die Abdeckfolien auf den Gülle-Silos. Diese beiden Methoden sind ohne nennenswerten Mehraufwand einfach umzusetzen. Am Strickhof laufen seit Jahren in Zusammenhang mit Agroscope (*landwirtschaftliche Forschungsanstalt*) und der ETH diverse wissenschaftlich begleitete Testversuche zur Reduktion von Ammoniak. Erforscht wird etwa die Ansäuerung der Gülle oder Biogasanlagen zur Verstromung der Gülle. Beide Varianten können sich eh nur Grossbetriebe überhaupt leisten oder wären durch die Planungspflicht im regionalen Richtplan zu kompliziert. Eine andere Variante sind technische Methoden, wie Reinigungs-Roboter, Stalllüftungssysteme und Stallbauanpassungen, gemäss Bauernverband für viele Betriebe zu teuer in der Anschaffung. Dann gibt es die Fütterungsmethoden. Als Futterzusatz wurden Leinsamen und Fenchel und synthetische Futterzusätze getestet. Fakt ist aber auch: Alle Versuche, die Ammoniak-Emissionen zu reduzieren, führten bislang nicht zum gewünschten Ziel. Denn Forschung allein genügt nicht, die Methoden müssen praktikabel und umsetzbar sein. Die Landwirtschaft hat einen gesetzlichen Auftrag, die Ernährungssicherheit zu gewährleisten und dabei gleichzeitig der Umwelt Sorge zu tragen. Dafür erhalten sie Direktzahlungen in Milliardenhöhe. Allerdings produziert die

Landwirtschaft das, was die Konsumenten und der Detailhandel auf dem Teller sehen wollen, und das ist vor allem Fleisch.

Ein kleiner Hoffnungsschimmer am Horizont zeichnet sich dennoch ab: Der Trend zu vegetarischer Ernährung und zum Konsum von gesünderen Lebensmitteln nimmt kontinuierlich zu. Der Biomarktanteil wächst von Jahr zu Jahr, und das ist auch gut so. Damit wir einen Gang höher schalten können und nun endlich vorwärts machen können, bitte ich Sie, das Postulat nicht abzuschreiben und den Gegenvorschlag anzunehmen. Besten Dank.

*Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim):* Ich darf Ihnen meine Interessenbindung bekannt geben: Ich bin ein Zürcher Bauer. Darum komme ich jetzt auch so hemdsärmelig daher wie der Sprecher des Minderheitsantrags; ich finde, das passt. Ich produziere mit Freude möglichst nachhaltige pflanzliche und tierische Lebensmittel und gleichzeitig möglichst nachhaltige Biodiversität. Das ist kein Widerspruch, im Gegenteil: Eine nachhaltige Lebensmittelproduktion kann langfristig nur in einer intakten Natur stattfinden, und da arbeiten viele Zürcher Bauern täglich daran. Und wie in anderen Branchen auch: Wir können täglich besser werden und wir werden es auch. Allerdings gerät man als Bauer schnell einmal zwischen die Fronten in diesem Rat, was aber nicht weiter schlimm ist. Bei landwirtschaftlichen Themen haben wir auf der einen Seite die Funktionäre der Umweltverbände. Sie blenden eine nachfragegerechte Lebensmittelproduktion in der Regel aus, wenn es um die Auswirkungen der Landwirtschaft auf die Umwelt geht, so nach dem Motto «aus den Augen, aus dem Sinn», Lebensmittel kann man importieren und damit die Probleme grad noch exportieren. Auf der anderen Seite haben wir andere Funktionäre, die alles bekämpfen, das schon aus weiter Ferne nach Nachhaltigkeit, Biodiversität oder auch nur Blumenwiese aussieht. Wir werden das heute wahrscheinlich noch vorgeführt bekommen. Sie sind der irrigen Meinung, dass Landwirtschaft und Naturschutz Gegensätze seien. Auch sie handeln nicht immer im Interesse von zukunftsorientierten Bauern.

Da bleibt wenigstens noch die Regierung. Sie zählt in ihrem Bericht zum Postulat Häusler nüchtern auf, wie sie die Bundesvorgaben umsetzen will oder bereits umgesetzt hat in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft. Ohne uns Bauern geht es nämlich nicht. Und glauben Sie mir, schon heute sind die Ziele sehr ambitiös, teuer und mit vielen Einschränkungen verbunden; auf die einzelnen Handlungsebenen gehe ich jetzt aus Zeitgründen nicht ein. Und der Massnahmenplan Ammoniak kommt ja erst noch. Sie können mir auch glauben, dass wir Bauern wissen, dass der Stickstoff in der richtigen Menge auch aus wirtschaftlichen Gründen in den Boden gehört und nicht als Ammoniak in die Luft. Der Handlungsbedarf ist erkannt, also lassen Sie uns auf realistische Ziele hinarbeiten. Das Postulat kann abgeschrieben werden und der Minderheitsantrag ist abzulehnen. Sie haben da ganz einfach zu viel reingepackt. Ich bin zwar noch mit Ihnen, wenn es um Stichworte wie «Feed no Food» oder pflanzliche Proteine geht, aber zum Beispiel die Dünger-GVE-Limiten (*Grossvieheinheiten*) sind ein sehr untaugliches Mittel, denn wir im Weinland, die gemischten Ackerbaubetriebe, erfüllen das problemlos; ich selber habe mit 1,0 Grossvieheinheiten also überhaupt kein Problem. Aber

wir haben auch Gebiete, wo wir keinen Ackerbau betreiben können, wo die pflanzlichen Nahrungsmittel an einem kleinen Ort sind. Und dort sind wir auf die Viehwirtschaft angewiesen, auch in unserem Kanton. Und da kann es sein, dass auch 2,0 Grossvieheinheiten problemlos mit einer Hektare ernährt werden können.

Wir können auch nicht in jedem Kanton eine eigene Agrarpolitik machen, und der Kanton Zürich ist nun wirklich nicht der Hotspot von zu hohen Tierbeständen in der Schweiz. Wenn Sie weniger Tiere wollen, dann überzeugen Sie die Gesellschaft davon, weniger Milch, Fleisch oder Eier zu konsumieren. Da wäre ich sogar als Fleischproduzent ein Stück weit mit Ihnen, nur so lösen wir nämlich weltweit das Ernährungsproblem. Alles andere, was Sie hier fordern, ist reine Importförderung. Besten Dank.

*Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.):* Es waren gemischte Gefühle, die mein Vater hatte, als ich in den Kantonsrat gewählt worden war. Einerseits war er mächtig stolz, andererseits fürchtete er, sein Sohn könne nun ebenfalls Theorien vertreten, die mit der Praxis wenig zu tun haben. Da mein Vater seinen Bauernhof fast ein halbes Jahrhundert bewirtschaftete, kann ich seine Bedenken bis heute nachvollziehen; nicht, weil ich Tucholskys (*Kurt Tucholsky, deutscher Schriftsteller*) pessimistische Einschätzung «Das Gegenteil von gut ist gut gemeint» teile, sondern weil wir die Rettung der Welt nicht einer einzigen Berufsgattung überlassen können, schon gar nicht mit Gesetzen und idealistisch konzipierten Vorstössen, die nicht nur 80plus-Bauern schlaflose Nächte bereiten. Anzufügen ist noch, dass sich mein Vater durchaus für neue Erkenntnisse und Entwicklungen in der Landwirtschaftspolitik interessiert.

Für das Recht auf einen ruhigen Schlaf möchte sich die EVP allerdings auch nicht einsetzen, wenn es um die Überschreitung von Stickstoffeintragsraten beziehungsweise Ammoniak-Konzentrationen in der Landwirtschaft geht, im Gegenteil: Um diese Emissionen zu reduzieren, müssen alle aufwachen. Fragt sich nur, was danach geschehen soll. Mit welchen Mitteln und auf welchen Wegen soll das geschehen? Und natürlich möchten wir die Gewissheit, dass die Bauern und die Fachleute im AWEL (*Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft*), im ALN das Problem so ernst nehmen, dass sie auch geeignete und wirksame Massnahmen planen.

Solche stellt uns der Regierungsrat mit dem Massnahmenplan Ammoniak in Aussicht. Auf nächstes Jahr angekündigt, ist er noch in Bearbeitung. Und in der vorberatenden Kommission konnten wir zur Kenntnis nehmen, dass der Bericht auf die im Postulat geforderten Vorschläge eingehen wird. Laut Verwaltung gehören dazu auch verschiedene ambitionierte Verminderungsziele bei Ammoniak-Emissionen, was wir sehr begrüßen. Und diesen Weg halte ich für praxistauglicher als die Umsetzung der Forderungen im Minderheitsantrag.

Auf weitere technische Inhalte des Vorstosses möchte ich an dieser Stelle nun nicht mehr eingehen, zumal Sie ja schon einiges gehört haben. Aber ich möchte uns allen eine Hausaufgabe mitgeben, sie lautet: Zeichnen Sie das Bild, das Sie

von Landwirtinnen und Landwirten in der Schweiz haben. Das kann mental geschehen, muss nicht abgegeben werden und wird auch nicht benotet. Sitzen auf PS-starken Traktoren gut genährte Grossbauern, die unsere Lebensgrundlagen der Profitgier opfern wollen? Oder sind es Landwirte, die sich im täglichen Spagat üben, den Wunsch nach einem existenzsichernden Lohn mit den Zielen zu vereinbaren, genügend Nahrungsmittel zu produzieren und unsere Landschaft zu pflegen? Gut möglich, dass meine Wahrnehmung der heutigen Herausforderungen in der Landwirtschaft zu sehr von der eigenen Biografie geprägt ist. Ich stelle einfach fest, dass wir es im Kantonsrat vermehrt mit Vorstössen zu tun haben, die bei den Bauern sofort eine Abwehrhaltung auslösen. Ich möchte die Bauern weder idealisieren noch als die «Unschuldigen vom Lande» bezeichnen. Aber wenn wir bei der Verbesserung der Biodiversität unsere stärksten Partner nicht im Boot haben, ist Schiffbruch vorprogrammiert. Daher sollten wir die Landwirtinnen und Landwirte nicht bevormunden, sondern für unsere Anliegen gewinnen.

Mehr Engagement und weniger Handbremse würden wir uns aber auf der anderen Seite vom Bauernverband wünschen. Könnte er glaubhaft sein ernsthaftes Interesse an Verbesserungen bei der Reduktion von Ammoniak-Emissionen darstellen, würde uns wohl manche polemische Debatte erspart bleiben. Gegenseitige Beschuldigungen von Klima-Arroganz bis zu Umwelt-Ignoranz führen in die Sackgasse.

Dennoch sind wir der Meinung, dass der Minderheitsantrag ein unseliges Freund-Feind-Bild weiter befeuert und vor allem kaum vernünftig umsetzbare Forderungen enthält. Deshalb werden wir ihn als EVP ablehnen und der Abschreibung des Geschäfts zustimmen.

*Hans Egli (EDU, Steinmaur):* Zum Anfang ein Bibel-Zitat, dort steht: «Erkenntnis ist Stückwerk.» So kommt es mir vor, wenn ich die heutige Debatte verfolge. Es gibt viele – vor allem auch Verbandsfunktionäre –, die ihr Wissen zum Besten geben, das teilweise aber erheblich von der Realität abweicht oder erheblich auch vom eigenen Konsum abweicht. Ich kann Ihnen aber versichern: Es passiert viel in der Landwirtschaft. Was sicher nicht passiert, dass Zürich Gülle exportiert, wie das Thomas Wirth gesagt hat. Wir im Kanton Zürich haben, wie Sie im Landwirtschaftsbericht nachlesen können, 1 GVE pro Hektar. Gesamtschweizerisch sind 3 GVE pro Hektar erlaubt. Zürich ist ein Gülleimport-Kanton und kein Gülleexport-Kanton. Zürich produziert zu wenig Nährstoffe, um seine Produkte, seine Pflanzen zu ernähren. Darum haben wir auch grundsätzlich kein Problem mit Gülleschwemme im Kanton Zürich, abgesehen davon, dass Gülle ja eigentlich Nährstoffe sind, die unsere Pflanzen brauchen, um gut zu gedeihen.

Und zu Edith Häusler möchte ich sagen: Es gibt sehr wohl natürlich auch Möglichkeiten, um eine ökologischere Landwirtschaft, eine Landwirtschaft zum Beispiel ohne oder mit fast keinem Kraftfutter und ohne Soja zu fördern, so zum Beispiel «Wiesenmilch». Das ist ein Programm, das man im Coop oder in der Migros (*Schweizer Detailhandelsunternehmen*) erwerben kann. Je mehr Nachfrage bei diesen Produkten entsteht, desto mehr wird auch von diesen Produkten produziert. Wir produzieren ebenfalls Wiesenmilch. Ich möchte hier aber ein

Leuchtturmprojekt vorstellen, und zwar gibt es sehr viele Visionen auch in der Landwirtschaft. Es gibt ein Leuchtturmprojekt in Chur, zusammen mit der Agroscope, zusammen mit der ZHAW (*Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften*) Wädenswil, zusammen mit der Universität Hohenheim. Es geht um eine klimaneutrale Landwirtschaft, einen klimaneutralen Bauernhof. Das sind Visionen, das sind Ziele, die definiert sind, die erreichbar sind, die noch Hürden überwinden müssen, aber die existieren. Es ist erkannt, dass es Handlungsbedarf gibt. Es natürlich Fakt, dass es Ammoniak-Emissionen gibt. Aber wie schon gesagt, diese Ammoniak-Emissionen entstehen vor allem auch durch unseren ausgebauten Tierschutz, unseren berechtigterweise ausgebauten Tierschutz. Aber hier möchte ich von der linken Seite dann schon noch mal hören, was sie höher gewichtet, den Tierschutz oder den Umweltschutz? Dieser Zielkonflikt besteht und hier müssen wir klar sagen: Wenn wir mehr Tierschutz wollen, dann gibt es mehr Ammoniak-Emissionen. Das ist ein Fakt, dieser Realität müssen wir ins Gesicht schauen. Darum seien wir ehrlich: Die Landwirtschaft im Kanton Zürich ist standortangepasst. Die Lebensmittel, die wir produzieren, werden ja nicht für die Halde produziert, sondern decken 50 Prozent der Nachfrage, also überhaupt nicht irgendwie eine Überproduktion und darum auch keine Nährstoffüberproduktion. Die Landwirtschaft hat Visionen, die Forschung ist nicht untätig, es werden Lösungen angestrebt. Aber die kann man nicht auf Knopfdruck erreichen und die entstehen auch nicht in zwei, drei Jahren. Ich kann Ihnen versichern, wir sind auf einem guten Weg. Darum kann das Postulat guten Gewissens abgeschrieben werden. Danke vielmals.

*Ratspräsident Benno Scherrer:* Ich bitte, die Maskenpflicht weiter einzuhalten, das gilt auch hinten rechts (*Heiterkeit*).

*Valentin Landmann (SVP, Zürich):* Ich bin ebenfalls dafür, das Postulat abzuschreiben, und gegen den Minderheitsantrag. Wie auch der Kollege von der EVP schon gesagt hat, ist die Landwirtschaft ein ganz wesentlicher Partner im Bereich Umweltschutz, Biodiversität und allen Zielen, die wir hier ja verwirklichen wollen. Es gibt sehr viele Vorschriften, die auch bereits wirken, und auch hinsichtlich Ammoniak sind verschiedenste Massnahmen aufgegleist. Es hat keinen Sinn, hier quasi zerstörerisch zu wirken. Es macht keinen Sinn, unsere Bauernhöfe einfach in Fotovoltaik-Anlagen umzuwandeln, die jede Wiese, jede Biodiversität und jedes Naturschutzgebiet bedecken sollen. Gut, das wäre vielleicht eine spezielle Art der Abenteuerwanderung zwischen Fotovoltaik-Anlagen oder wie auch immer. Die Landwirtschaft tut sehr viel und es wird sehr viel getan, was die Landwirtschaft bereits in der Leistungsfähigkeit und auch in Renditeformen an die Grenze bringt. Was mich sehr stört im Ganzen, ist der Ansatz, dass man den Menschen, den Konsumenten umerziehen will, der Konsument soll praktisch zum Veganen erzogen werden, das heisst, auf Milchprodukte und auf Fleisch verzichten. Dann werden weniger Tiere da sein und so weiter. Ich sage Ihnen: Das Problem ist nicht die Zahl der Rindviecher, das Problem ist die Zahl der Menschen, das ist etwas ganz anderes. Wir sollen uns auch gesund mit Milchprodukten ernähren können.

Wir sollen auch vernünftig, wenn wir wollen, Fleisch konsumieren können. Es gibt jede Menge Vorschriften, die hier dem Umweltschutz und Tierschutz Beachtung verschaffen, das ist richtig so. Aber die Umerziehung des Menschen zu einem Exemplar, das dann Hungersnöte in Entwicklungsländern provoziert wegen Mangellager an bestimmten Getreiden und so weiter, das ist nicht das Ziel, wobei ich nicht sage, dass jede vegane Ernährung dazu führt. Aber auch diese hat ihre Probleme, vor allem auch gesundheitlich, wenn sie an Kindern ausgetobt wird. Ich danke euch für die Aufmerksamkeit.

*Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen):* Ich möchte nur noch auf zwei, drei Dinge replizieren, die genannt wurden. Als erstes möchte ich daran erinnern, dass wir heute Morgen hier im Rat im vorherigen Geschäft (*Vorlage 5668b*) die Kreislaufwirtschaft, also die Kreislaufinitiative beziehungsweise den Gegenvorschlag dazu, unterstützt beziehungsweise verabschiedet haben. Und genau das ist eben Gülle auch, und schauen Sie das bitte auch als solches an. Gülle braucht es eben, es ist ein Teil des Kreislaufes, das sind wir uns, glaube ich, einig. Und Hans Egli hat es gesagt, im Kanton Zürich haben wir zu wenig Hofdünger, wir müssen noch von anderen Kantonen übernehmen. Geschätzte GLP, da bin ich schon ein bisschen erstaunt, mit der Forderung eines Ergänzungsberichts sind Sie nicht innovativ, wie Sie sich sonst immer geben, denn auch in der Landwirtschaft stellt sich eine Arbeitsteilung ein, die können wir nicht aufhalten. Konrad Langhart hat das auch gesagt, wir haben Betriebe, die sich eher auf Pflanzenbau fokussieren, und wir haben Betriebe, die eher Tierhaltung haben. Und dass diese Betriebe dann wohl Hofdünger an die Pflanzenbaubetriebe abgeben, das ist Teil dieses Kreislaufes. Was ist daran schlecht, möchte ich Sie fragen. Da gibt es wohl einfach Betriebe, die etwas abgeben, und andere übernehmen dann solche Hofdünger. Das ist per se nicht schlecht, sondern ist Teil des ganzen Kreislaufes.

Und dann möchte ich noch darauf eingehen: Edith Häusler hat gesagt, der Bauernverband sträube sich dagegen. Der Bauernverband hat das Ressourcenprojekt im Kanton Zürich mitgetragen. Und hätten wir dieses Ressourcenprojekt, stünden wir vermutlich schlechter da, denn gleichzeitig – das wurde auch gesagt – haben wir sehr, sehr viele neue Laufställe gebaut, Laufhöfe gebaut, und da haben wir einen Zielkonflikt, auch das wurde bereits erwähnt. Ich möchte aber nochmals darauf eingehen: Das ist ein Zielkonflikt, den können wir nicht wegdiskutieren. Je mehr Laufhöfe wir bauen – wenn sie besonders tierfreundlich sind, sind sie südseitig orientiert –, dann haben wir einfach Ammoniak-Verluste, das lässt sich nicht wegdiskutieren. Da bin ich ein bisschen erstaunt, dass Sie das nicht auch erwähnen.

Dann noch ein weiterer Punkt, Abdeckung der Güllegrube. Wir sind gerade daran, wir haben auch noch ein Güllesilo, wir sind daran abzudecken. Anstatt hier eine Forderung zu platzieren, dass man das schneller machen sollte, würden Sie besser eine Forderung machen, dass das im Anzeigeverfahren geht, dass man nicht eine Baubewilligung einholen muss, wo die Verbände – namentlich ein Verband, der auch vertreten ist hier im Rat – Einspruch erheben können gegen Abdeckungen

von Güllegruben. Machen Sie einen konstruktiven Vorschlag, statt die Verwaltung mit einem Zusatzbericht und neuen Forderungen zu belasten.

Noch ein dritter Punkt: Wenn gesagt wird, Methanausstoss könnten wir auch senken, indem wir auf die Weidehaltung setzen. Das ist richtig, Edith Häusler, Weidehaltung fördern wir auch, ich bin sehr dafür. Wir produzieren, wie Hans Egli das auch erwähnt hat, nach diesen Programmen. Aber auch das ist nicht ganz so einfach. Wenn wir nur den Methanausstoss und das Ammoniak anschauen: Wenn wir weniger effizient produzieren, dann steigt der Ausstoss der Belastung pro Kilo produzierter Milch oder pro Kilo produziertes Fleisch. Und auch da stehen wir wieder in einem Zielkonflikt, und es ist nicht ganz so einfach, es gibt nicht einfach die banalste Lösung. Und mit Ihren Forderungen im Ergänzungsbericht befeuern Sie genau das einseitig. Deshalb: Lassen Sie die Regierung arbeiten. Wir sind daran, es gibt gute Ansätze. Aber ganz so einfach, wie Sie das quasi fordern, ist es nicht.

Und noch ein letzter Punkt, das möchte ich auch noch erwähnen. Wir haben heute noch mehr Vorstösse gegen die Landwirtschaft, aber es ist nicht nur die Landwirtschaft das Problem. Wir haben im Kanton Zürich noch sehr, sehr viele Kläranlagen, da hat man eine vierte Stufe eingebaut. Die vierte Stufe verhindert, dass wir Stickstoff in den Abwässern haben. Aber mit der vierten Stufe geht der Stickstoff in die Luft, das ist auch nicht Teil der Kreislaufwirtschaft. Wir haben, wenn ich richtig orientiert bin ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

*Daniela Rinderknecht (SVP, Wallisellen):* Ich gebe auch meine Interessenbindung bekannt: Ich bin stolze Bäuerin in der produzierenden Landwirtschaft. Vieles ist gesagt, fundierte, informative, sachliche Voten sind gefallen, dem gibt es nichts mehr hinzuzufügen. Aber: Lieber Thomas Wirth, ich fühle mich von dir direkt angesprochen, du hast gesagt, wir Bauern wüssten ja nicht, wann wir Gülle ausbringen dürfen und wann nicht. Allgemein empfinde ich, deine Wertschätzung für die produzierende Landwirtschaft scheine noch Potenzial zu haben. Findest du wirklich, dass wir Bauern so vieles falsch machen? Die Landwirtschaft ist interessiert an Innovationen, an neuen Technologien und an Effizienz, denn unser Boden, unsere Tiere, das ist unser höchstes Gut. Wir sind darauf angewiesen, dass wir verantwortungsvoll mit diesem kostbaren Gut umgehen. Wir investieren, wir testen. Nur, das dauert einfach. Die Natur ist nicht so schnelllebig wie unsere Gesellschaft – zum Glück. Die Landwirtschaft bewegt sich und bemüht sich, also hören Sie bitte mit diesen Schuldzuweisungen auf, sondern stärken Sie uns den Rücken. Gehen Sie den Weg mit uns. Wir sind dran. Danke.

*Edith Häusler (Grüne, Kilchberg) spricht zum zweiten Mal:* Ich habe jetzt allen Voten aufmerksam zugehört und ich wusste schon, dass das Verlangen eines Berichts zum Thema «Ammoniak- und Stickstoff-Reduktion» ein heisses Eisen ist und die Wogen hier im Saal hochgehen werden, weil es auch kein einfaches Thema ist, weiss Gott nicht. Ich schlage mich auch beruflich schon seit längerem damit herum, ich arbeite für «Vision Landwirtschaft», eine Denkfabrik zur Agrarpolitik in der Schweiz. Das ist ein Thema, weiss Gott, und es hat hier sehr

nützliche Voten gegeben, und vieles, was man nicht brauchen kann, tatsächlich nicht. Es hat mich auch einiges gestört, zum Beispiel das Votum von Herrn Sommer, der kritisiert oder besser gesagt findet, man solle die Bauern mit den Naturschutzverbänden besser zusammenarbeiten lassen. Ja genau, das wär's. Aber seit 25 Jahren ist das eine richtig schwierige Geschichte. Es gibt Landwirte, die sich nicht angegriffen fühlen, wenn man mehr Biodiversität verlangt, andere finden, der ganze Kanton Zürich sei dann nur noch «Blüemliwiese». Ich meine, wenn man grundsätzlich eine Abneigung gegen alle Vorschläge hat, dann ist die Kommunikation hier ein bisschen schwierig, das weiss ich aus eigener Erfahrung. Und ja, das ist nett gemeint, aber auch kein wirklich guter Vorschlag.

Dann hat Martin Hübscher gesagt, dass wir diese Laufställe wollten, dass wir ein besseres Tierwohl wollten. Ja, das ist so und das ist auch dringend nötig gewesen. Nur muss man hier sagen, wenn man jetzt meint, das sei ein Zielkonflikt: Ich habe es ja gesagt, wir Konsumentinnen und Konsumenten sagen, was wir auf dem Teller wollen, und das steuert. Auch das ist ein heisses Eisen, ich habe das ja gesagt. Wir wollen das gar nicht hören. In den letzten 40 Jahren hat sich der Fleischkonsum in der Schweiz um mehr als das Doppelte erhöht. Gehen Sie doch jetzt hin und sagen Sie den Leuten: Esst bitte ein Kotelett weniger pro Woche. Wer will das schon? Aber es wird uns nicht zum Ziel führen, den Ammoniak-Ausstoss zu reduzieren, wenn wir als Konsumenten nicht auch unseren Teil dazu beitragen. Das als kleine Denkaufgabe für zu Hause.

Und dann noch zu den Weizenimporten von Herrn Landmann, das stört mich enorm. Wissen Sie, wer die Drehscheibe der Weizenbörse ist? Das ist die Schweiz. Also kommen Sie mir dann bitte nicht mit armen Ländern, dann müsste man die Börse etwas unter die Lupe nehmen. Sie setzt den Weizenpreis weltweit fest, und da ist die Schweiz an erster Stelle. So, das war's. Besten Dank.

*Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon) spricht zum zweiten Mal:* Auch ich möchte noch auf einige Punkte eingehen. Wir haben es gehört, beispielsweise von Sandra Bossert, dass Gülle wertvolle Nährstoffe sind. Aus Pflanzensicht ja, aus wirtschaftlicher Sicht offensichtlich nicht. Wenn ich mir die Gülle an den Feldrand liefern lasse, ist das gratis. Jemand wird also bezahlt, dass es abgeholt wird. Wirtschaftlich scheint sie also nicht so wertvoll zu sein, und das ist vielleicht genau ein Problem. Dieser Kreislauf, der angesprochen wird, der passt überhaupt nicht mehr zusammen. Biogas wurde als Lösung genannt. Das hilft ein bisschen beim Ammoniak-Problem, aber beim Stickstoff-Problem löst es eben nichts. Denn der Stickstoff löst sich nicht auf, wenn es Biogas ist. Der Kohlenstoff wird energetisch verwendet, Stickstoff bleibt das Problem. Und die Abnahme der Rinderzahl wurde erwähnt. Diese Entwicklung wird natürlich konterkariert durch die Züchtung, dass die Tiere immer grösser und immer leistungsstärker werden. Also das Problem der Gülle löst sich nicht, es sind einfach weniger Tiere, die aber mehr Gülle hinterlassen.

Und zu guter Letzt wurden von Sandra Bossert auch die Baubewilligungen erwähnt. Ja, das ist ein kleiner Fortschritt, aber der ist noch viel zu gering. Dort

könnte man also beispielsweise noch viel stärker eingreifen, wenn man tatsächlich etwas machen möchte.

Jetzt zum Zielkonflikt, darauf möchte ich ein bisschen mehr eingehen. Ja, der Zielkonflikt ist meiner Meinung lösbar, genau mit weniger Tieren. Jetzt kommt der Punkt mit dem Selbstversorgungsgrad, und hier müssen wir einmal unterschieden zwischen brutto und netto. Den Selbstversorgungsgrad netto können wir in der Schweiz ungefähr stabil halten, brutto nimmt er ab. Brutto nimmt er ab, weil wir immer mehr Futtermittel importieren, mit denen wir dann in der Schweiz Milch und Fleisch produzieren. Das kann ja nicht die Lösung sein. Und ich weiss auch nicht, wieso es heisst, wir müssten regional kaufen, das sei das Beste. Das gilt dann aber nur fürs Fleisch. Wenn wir den Selbstversorgungsgrad auf der Pflanzenseite anschauen, dann nimmt er ab und ist tief. Offensichtlich ist es dort kein Problem, zu importieren, die Nahrungsmittel einzukaufen, aber beim Fleisch darf es gar nicht sein. Also hier sollte man das einfach mal ein bisschen neutraler anschauen und sagen: Ja, es wird uns vermutlich nicht gelingen, in der Schweiz so viel zu produzieren, dass wir unsere Bevölkerung hier ernähren können. Wir haben, verglichen mit anderen Ländern, beispielsweise Frankreich oder Deutschland, weniger Fläche zur Verfügung. Wir werden das nicht lösen können, dieses Problem, aber wir können vernünftig versuchen, das, was wir in der Schweiz produzieren, gut zu produzieren und standortgerecht zu produzieren.

Und zu guter Letzt gibt es natürlich durchaus auch Alternativen für die Landwirtschaft und für die Nährstoffproduktion: Gerade wenn wir stickstoffbindende Pflanzen, also beispielsweise Bohnen, Erbsen oder Linsen, anbauen, dann düngen wir auch gleich den Acker für die nächste Feldfrucht. Es gibt also hier gute Alternativen, und die sind sogar noch sehr gut. Denn die Schweiz hat eine sehr gute Nahrungsmittelindustrie, die gerade in der Produktion der Fleischersatzprodukte weltweit führend ist. Aber sie kann ihren Rohstoffbedarf nicht in der Schweiz decken, sondern muss ihn importieren, weil wir einfach Fleisch machen. Also hier könnte man definitiv etwas machen, denn der Kanton hat mit dem «Food Valley» ein Projekt, bei dem es darum geht, hier Synergien zu bilden. Also wir können das Ammoniak-Problem ein bisschen reduzieren und die Wirtschaft fördern. Wir haben eigentlich eine Win-win-Situation, die wir einfach nutzen müssen. Und wenn wir dieser abweichenden Stellungnahme zustimmen, dann bekommen wir einen wirksamen Massnahmenplan, einen, der tatsächlich die Ziele erreichen wird. Ich hoffe, dass wir, wenn er jetzt, wie es aussieht, abgelehnt wird, trotzdem einen wirksamen Massnahmenplan bekommen. Es ist nicht der erste, und wir haben die Ziele bisher nicht erreicht. Also braucht es hier definitiv einfach einen grossen Schritt vorwärts. Deshalb bitte ich Sie, stimmen Sie dieser abweichenden Stellungnahme zu. Dann machen wir diesen Schritt und wir werden diesen Schritt gemeinsam mit den Bauern machen. Sie sind Partner, aber manchmal muss man dem Partner auch einen leichten Schups geben. Ich danke Ihnen.

*Elisabeth Pflugshaupt (SVP, Gossau):* Beim letzten Satz hat unser Regierungsrat gelacht: Man muss den Bauern einen Schups geben. Wer kann denn hier drin sagen, dass er weiss, was ein Bauer arbeitet? Einfach nur so als Nebenbemerkung,

das hat mich gleich genervt. Aber eines sage ich euch, ich habe zugehört, man müsse die Fleischpreise erhöhen, die Fleischproduktion in der Schweiz reduzieren. Aber vom Importieren redet niemand. Woher kommt denn das Billigfleisch? Das kommt nicht aus der Schweiz; das zum einen. Das Zweite, die Dünger: Die Düngerbilanz der Hofdünger sei gratis. Ja, das war vielleicht vor zwei Jahren so, aber versuchen Sie heute mal, Dünger zu bekommen. Die Düng器fabriken produzieren in Europa kaum Dünger. Wir haben ein riesiges Problem. Hofdünger ist im Moment das, was wir noch haben. Und hier wollen Sie jetzt Einschränkungen machen, wenn man weiss, dass in Deutschland zum Beispiel 30 Prozent weniger Fläche gedüngt werden kann? Was heisst das für die Nahrungsmittelproduktion? Ich möchte auch das zu bedenken geben. Danke.

*Hans Egli (EDU, Steinmaur) spricht zum zweiten Mal:* Ich möchte mit einem Ammenmärchen aufhören respektive Edith Häusler aufklären, dass sie ein Ammenmärchen erzählt hat: Der Fleischkonsum hat sich nicht verdoppelt, wie sie gesagt hat, sondern er hat sich erheblich reduziert. 1980 – leider geht die Statistik nicht weiter zurück – hat der Durchschnittschweizer 64,4 Kilo Fleisch konsumiert, 2019 noch 47,8 Kilo, also ein Drittel weniger. Unser Fleischkonsum ist rückläufig. Hören Sie daher auf dem Ammenmärchen, es werde immer mehr Fleisch konsumiert, das stimmt einfach nicht. Danke vielmals.

*Regierungsrat Martin Neukom:* Martin Hübscher hat gefragt: Wo liegt eigentlich das Problem? Nun, das kann man relativ einfach sagen in dieser Thematik: Das Problem ist der Rückgang der Biodiversität. Das ist ein weltweites Phänomen und das ist ein Phänomen, das wir auch im Kanton Zürich sehen. Und wenn ich das zu kategorisieren versuche, dann komme ich auf sechs hauptsächliche Ursachen für den Rückgang der Biodiversität: Es ist einerseits die Verkleinerung der Lebensräume. Früher hatte die Natur mehr Platz, das ist relativ offensichtlich. Es sind die Schadstoffe, die die Menschen in die Umwelt eintragen. Es ist die Lichtverschmutzung, es ist der Klimawandel, es sind die Neobiota, also die Neophyten zum Beispiel, und es ist die Überdüngung. Die Überdüngung ist darum ein Problem, weil wir Pflanzen haben, die sich auf sehr, sehr wenige Nährstoffe spezialisiert haben. Und wenn es dann überall sehr viele Nährstoffe hat, dann gibt es andere Pflanzen, die sehr viel schneller wachsen und damit die Pflanzen, die auf wenige Nährstoffe spezialisiert sind, verdrängen. Das heisst, sie werden verdrängt, haben dann keinen Platz mehr und können nicht mehr wachsen. Das zweite Problem ist die Versauerung des Bodens, wenn Sie beispielsweise im Wald schauen: Ein überdüngter Waldboden führt dazu, dass die Bäume weniger lange Wurzeln, weniger tiefe Wurzeln machen, dadurch sind sie anfälliger auf Windwurf, das heisst, dass sie umfallen, wenn es stark windet.

Nun, wir investieren in der Baudirektion mit der Fachstelle Naturschutz viel Geld in Naturschutzprojekte, auch dank dem Kantonsrat, der dies ermöglicht. Und ein Teil der Naturschutzprojekte, ein Teil des Geldes fliesst in die Ausmagerung. Das heisst; wir müssen versuchen, all diese Nährstoffe, die überall sind, auch in den Naturschutzgebieten, zu entfernen, beispielsweise indem man die entsprechenden

Wiesen häufig mäht. Bei Naturschutzprojekten ist es nicht selten der Fall, dass man abhumusieren muss, weil der Boden derart viele Nährstoffe hat, dass er nicht geeignet ist, dort eine Magerwiese zu erstellen. Also die allermeisten Ökosysteme, die wir im Kanton Zürich haben, sind massiv überdüngt, und das ist ein grosses Problem.

Jetzt ist das, nur weil man das Problem benennt, kein Angriff auf die Bauern. Das ist mir ganz wichtig. Und ich erlebe es einfach häufig, dass dann – wie heute auch – sehr schnell diese Polarisierung entsteht und die Bauern sich angegriffen fühlen. Ich habe teilweise den Eindruck, dass Bauern das dann als Geringschätzung der Landwirtschaft verstehen. Zumindest wenn ich das sage, ist es das definitiv nicht. Ich bin der Ansicht, dass die Landwirtschaft in der Schweiz und auch im Kanton Zürich eine wichtige Aufgabe erledigt. Trotzdem entstehen diese Umweltprobleme nebenbei und wir müssen gemeinsam zusammenarbeiten, Naturschutz und Landwirtschaft, um diese Probleme zu lösen. Da war ich sehr, sehr froh um das Votum von Konrad Langhart. Ebenfalls einverstanden war ich mit dem Votum von Barbara Franzen, die gesagt hat, wir müssten aufhören mit dieser Schuldfrage. Es geht nicht darum, wer schuld ist und wer nicht, sondern es geht darum, ein Problem zu lösen, und das Problem lösen wir, indem wir die Ammoniak-Emissionen reduzieren. Denn die Überdüngung, von der ich gerade gesprochen habe, stammt zum ganz, ganz grossen Teil von Ammoniak-Emissionen aus der Luft. Wenn es regnet, werden diese Nährstoffe in den Boden getragen und das Ammoniak stammt hauptsächlich aus der Landwirtschaft, zum ganz grossen Teil aus der Viehhaltung. Und wir wissen es im wahrsten Sinn des Wortes: Die Viehhaltung ist eine heilige Kuh. Selbstverständlich wäre es aus einer Umweltsicht tatsächlich sehr, sehr gut, wenn wir weniger Vieh hätten. Natürlich, andere Kantone haben noch viel mehr Vieh als der Kanton Zürich. Trotzdem wäre das natürlich erstrebenswert. Aber wir wissen alle, wie schwierig diese Diskussion ist.

Nun, es wurde jetzt verschiedentlich erwähnt, es wird schon viel gemacht. Das stimmt schon. Wir haben auch in der Baudirektion mehrere Projekte, Ressourcenprojekte, die wir in diesem Bereich unterstützen. Das Problem ist einfach Folgendes: Es gibt zurzeit keine messbaren Fortschritte. Es gibt eine Messkampagne, eine Langzeitmesskampagne der Kantone, zusammen mit dem BAFU (*Bundesamt für Umwelt*). Da wurde in den letzten 20 Jahren an verschiedenen Stellen die Ammoniak-Konzentration in der Luft gemessen, und wir sehen keine Fortschritte. Die Konzentrationen schwanken, das kommt auf das Wetter an, aber sie gehen leider nicht zurück. Das heisst, alle Fortschritte und alle Massnahmen, die wir bisher getroffen haben, reichen ganz offensichtlich noch nicht aus. Deshalb braucht es zusätzliche Massnahmen und zusätzliche Anstrengungen. Und hier braucht es auch einen Dialog mit den Bauern, das ist selbstverständlich. Wir haben das jetzt schon mehrfach gehört, wir kündigen an, dass wir diesen Massnahmenplan im Jahr 2023 verabschieden können.

Der Regierungsrat beantragt Ihnen, das Postulat abzuschreiben. Besten Dank.

*Ratspräsident Benno Scherrer:* Thomas Wirth hat einen Minderheitsantrag auf abweichende Stellungnahme gestellt. Verschiedentlich wurde im Rat hier von einem Ergänzungsbericht gesprochen. Stellt jemand einen Antrag auf Erstellung eines Ergänzungsberichts? Das ist nicht der Fall.

*Abstimmung*

**Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Thomas Wirth gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 94 : 76 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen und das Postulat KR-Nr. 7/2019 ohne abweichende Stellungnahme abzuschreiben.**

Das Geschäft ist erledigt.